

1985 - Medienpolitisch
ein wichtiges Jahr
Seite 22

9, Kaiserdamm 7, Tel. 3 21 20 18 / 26 93-330;
msruher Damm 247, Tel. 4 11 26 44; Bln. 28,
In. 31, Holsteinsche Str. 37, Tel. 26 93-347 /
Potsdamer Str. 30, Tel. 8 01 80 04 / 8 01 80 30;
Tel. 26 93-332; Bln. 44, Karl-Marx-Str. 184,
Postfach 10 15 55, Bln. 46, Leonorenstr. 71, Tel. 7 74 60 99; Bln. 47, Neuköllner
Str. 51, Scharnweberstr. 49, Tel. 26 93-343; Bln. 65, Otawistr. 7, Tel. 4 51 30 35



Verlag Der Tagesspiegel GmbH, 1000 Berlin 30, Postfach, Potsdamer Straße 87 / Telefon 26 93-1 / Telex 1 83 773 / Telekopierer 26 93-375 / Telegramme: Tagesspiegel Berlin / Banken: Deutsche Bank Berlin, Bank für Handel und Industrie, Berliner Bank, Berliner Commerzbank, Sparkasse der Stadt Berlin West, Postgroskonto: Berlin West 105-105 / Bonner Büro: 5300 Bonn, Pressehaus 1, Telefon 21 08 54 / Abonnementspreis bei freier Zustellung durch eigene Boten 16,30 DM, durch die Post 18,10 DM mtl. (einschl. 7% MwSt.) / Erscheinungsweise: täglich außer nach Sonn- und Feiertagen / Keine Ersatzansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt / Anzeigenpreisliste Nr. 25 / Erfüllungsort und Gerichtsstand Berlin-Tiergarten

Nr. 11 940 / 41. JAHRGANG

BERLIN, DIENSTAG, 1. JANUAR 1985

80 Pf. / Ausw. 1,10 DM / A 6622 A

Viele geänderte Gesetze von heute an in Kraft

Kindergeld-Anspruch ausgeweitet

Bonn (dpa). Wie stets werden auch diesmal an der Wende zum neuen Jahr viele Gesetze geändert und Grenzen für die Bemessung von Beiträgen und Leistungen in der Sozialversicherung verschoben. Da der Gesetzgeber aber mehrere umfangreiche Vorhaben, wie die Novellen zum Schwerbehindertenrecht und zur Arbeitsförderung, aus Zeitgründen nicht mehr verabschieden konnte, ist die Zahl der Änderungen diesmal nicht so groß wie sonst. Knapp zusammengefasst, treten heute folgende Bestimmungen in Kraft:

Sozialversicherung: Der Beitragsatz in der Rentenversicherung wird von 18,5 auf 18,7 Prozent erhöht und gleichzeitig der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 4,6 auf 4,4 Prozent gesenkt. Die Beitragsbemessungsgrenze steigt in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten auf 5400 DM und in der knappschaftlichen Rentenversicherung auf 6700 DM monatlich. In der gesetzlichen Krankenversicherung steigt sie auf 4050 DM im Monat. Daraus ergeben sich neue Mindestbeiträge. Freiwillig Versicherte müssen 87 und versicherungspflichtige Selbständige 75 DM je Monat zahlen. Der Höchstbeitrag für freiwillig Versicherte und versicherungspflichtige Selbständige erreicht monatlich 1010 DM. Der Beitrag für selbständige Handwerker und befreite Angestellte beläuft sich auf monatlich 519 DM.

Die Entgeltgrenze für die Versicherungsfreiheit bei geringfügiger Beschäftigung, die viele Jahre bei 390 DM lag, steigt auf 400 DM. Die Verdienstgrenze, bis zu der Arbeitgeber allein den vollen Beitrag zur Sozialversicherung zahlen, erhöht sich auf 540 DM.

Im Leistungsbereich der Krankenversicherung wird der sogenannte Höchstgeltlohn für die Berechnung des Krankengeldes auf 135 DM angehoben. Das Krankengeld steigt damit im Höchstfall auf 108 DM je Tag. Für eine notwendige Haushaltshilfe zur Versorgung der Kinder bei Krankheit werden pro Stunde 8,75 und pro Kalendertag bis zu 70 DM gezahlt. Die

Fortsetzung Seite 11, Spalte 1 und 2

Zwölf Parteien für Wahlen am 10. März angemeldet

Berlin (dpa). Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksparlamenten treten am 10. März zwölf Parteien an. Gestern um 10 Uhr endete die Frist zur Abgabe von Wahlvorschlägen beim Landeswahlleiter. Neben den im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien und der auch an früheren Wahlen beteiligten SEW haben sieben weitere Wahlvorschläge eingereicht, wie der Landeswahlleiter mitteilte.

Welche dieser Parteien für das Abgeordnetenhaus kandidieren oder welche nur in einzelnen Bezirken antreten wollen, steht erst am Mittwoch fest. Der Landeswahlausschuss wird am 8. Januar über die Zulassung der Bewerber entscheiden.

Drei Tote bei Verkehrsunfall auf Transitstrecke

Berlin (dpa). Bei einem schweren Verkehrsunfall in der Nähe von Eisenberg kamen am Sonntag auf der südlichen Transitstrecke von Berlin nach Rudolphstein drei Personen ums Leben. Die DDR-Agentur ADN meldete, ein West-Berliner Fahrzeug sei infolge einer den Fahrbahnverhältnissen unangemessenen Geschwindigkeit in Schleudern gekommen und auf der Gegenfahrbahn ebenfalls mit einem West-Berliner Wagen frontal zusammengestoßen. Ein Fahrzeuginsasse wurde mit Verletzungen in das Kreiskrankenhaus Eisenberg gebracht.

Aus dem Inhalt:

	SEITE
Nach vielen Wirren eine positive Bilanz für 1984	3
Israels vier Optionen in Libanon	3
Acht deutsche Gymnasien in Bulgarien	3
Mein letzter Schultag/Von Michael Stone	4
Die Toten des Jahres	5
Die Kulturereignisse 1984	5
Kostüme vom Mönch bis zur Haremsdame	6
Milliardengewinne der Kokain-Mafia	12
Helsinki: Weltstadt mit vielen Inseln	13
Testbericht: Bildgerät als Klangkünstler	14
Das Firmament im Januar	24
Als Wissenschaftler im Weltall	24
Sport	26/27
Gernot Ernst: Berliner Börse im Wandel der Zeiten	28/29
Tagesspiegel-Korrespondenten berichten zum Thema: Gefährdete Umwelt	17/18
Berliner Jahresrückblick	19
Politischer Jahresrückblick	20/21
Das aktuelle Fernsehprogramm für Dienstag und Mittwoch	31

Des Neujahrstages wegen erscheint die nächste Ausgabe am Donnerstag, dem 3. Januar.

Chef einer Berliner Bank am Silvestermorgen ermordet

Vorstandsvorsitzender der Grundkreditbank an der Tür seines Wohnhauses erschossen

Tsp. Berlin. Der Vorstandsvorsitzende der Berliner Grundkreditbank, Ulrich Jancke, ist gestern kurz nach Mitternacht ermordet worden. Der 49jährige Jurist wurde nach Angaben der Polizei mit einem Kopfschuß tot in der Diele seiner Villa in der Charlottenburger Lyckallee gefunden. Auf den Täter oder ein Motiv für den Mord gab es gestern noch keine Hinweise.

Die Polizei konnte auch einen politischen Hintergrund nicht ausschließen, allerdings hat sich der Staatsschutz bisher nicht in die Ermittlungen eingeschaltet.

Wie der Leiter der 5. Mordkommission der Kriminalpolizei, Lehmann, gestern sagte, war Jancke vor seinem Tod mit zwei langjährigen

Freunden aus dem Bundesgebiet zusammen. Alle drei befanden sich im ersten Stock des Hauses, als es kurz nach Mitternacht an der Haustür klingelte. Nach Aussagen der Zeugen machte Jancke eine Bemerkung, aus der hervorging, daß er mit dem Besucher gerechnet hatte. Er ging nach unten und öffnete die Tür. Unmittelbar danach hörten die Zeugen laute Poltergeräusche, gingen die Treppe hinunter und fanden Jancke hinter der zugeschlagenen Tür mit einer Schußwunde tot auf. Die Ermittlungen der Polizei führten bisher nicht auf die Spur des Täters. Die Tatwaffe wurde nicht gefunden. Vor einigen Wochen hatten unbekannte Täter die Fassade des im Bau befindlichen

Gebäudes der Bank mit einer öligen Flüssigkeit begossen. Dabei entstand erheblicher Sachschaden.

Ulrich Jancke gilt als der Mann, der die Grundkreditbank in Berlin aufgebaut hat. Er gehörte dem Vorstand seit 1969 an, zunächst als stellvertretendes Vorstandsmitglied, seit 1972 als Vorsitzender. Seit 1966 war der gelernte Jurist und Rechtsanwalt Syndikus des Deutschen Genossenschaftsverbandes, dem die Grundkreditbank angehört.

Er war außerdem Aufsichtsratsvorsitzender einer Anlageberatungsfirma und gehörte dem Vorstand der Firma Krone an, leitete den Verein der Freunde des Berlin-Museums und war Schatzmeister des Vereins der Freunde der Nationalgalerie. Jancke, der nicht verheiratet war, wohnte allein in der Charlottenburger Villa. Zwei Geschwister leben im Bundesgebiet. Hinweise, denen zufolge der Täter aus dem Homosexuellen-Milieu stammen könnte, wollte die Kriminalpolizei gestern weder bestätigen noch dementieren.

Die Mitarbeiter der Grundkreditbank äußerten gestern in einer Presseerklärung ihre Betroffenheit über den Mord. Der Tod Janckes bedeute einen großen Verlust für das Unternehmen, hieß es.

Ulrich Jancke

Sprengstoffanschlag auf die französische Botschaft in Bonn

Auch auf zwei US-Einrichtungen wurden erneut Anschläge verübt

Düsseldorf/Mannheim (AP/dpa). Ein Sprengstoffanschlag auf ein Nebengebäude der französischen Botschaft in Bonn hat in der Nacht zum Montag einen Sachschaden von etwa 100 000 DM angerichtet. Der Anschlag hat der „Wehrtechnischen Abteilung“ der Mission gegolten. Wie die Polizei gestern bekanntgab, detonierte um 0,20 Uhr ein Sprengkörper noch unbekannter Herkunft vor der Hausmeisterwohnung. Menschen wurden nicht verletzt. Bereits in der Nacht zum Sonntag entstand bei zwei Anschlägen auf amerikanische Einrichtungen in Düsseldorf und in Edingen bei Mannheim ein Sachschaden von rund 350 000 DM. Verletzt wurde bei beiden Explosionen niemand.

Die französische Botschaft in Bonn bestätigte gestern lediglich den Anschlag auf das Haus, das etwa fünf Kilometer vom Hauptgebäude entfernt am Rhein liegt. Über die Aufgabe der „Wehrtechnischen Abteilung“ oder über das dort gelagerte Material wurde von der Botschaft keine Auskunft erteilt.

Die unbekannten Täter hatten vor der Explosion einige in der Nähe wohnende Familien gewarnt. Nach polizeilichen Angaben hatte eine unbekannte Frau sowohl bei dem Diensthabenden in dem Botschaftsgebäude als auch bei verschiedenen Nachbarn angerufen. Sie hatte dabei unter Hinweis auf eine bevorstehende Bombenexplosion zum Verlassen der Häuser aufgefordert.

Bei dem Anschlag wurde die Front der „Wehrtechnischen Abteilung“ der französischen Botschaft beschädigt. Auch bei den umliegenden Gebäuden entstanden Schäden an Fenstern, Türen und Dächern.

In der Schweiz werden von heute an Autobahngebühren erhoben

Fernfahrer drohen mit neuen Aktionen an Grenzübergängen

Bern (dpa). Trotz aller Proteste aus der Bundesrepublik und Frankreich wird die Schweiz von heute an Autobahngebühren für Personwagen und „Schwerverkehrsabgaben“ für Lastwagen und Omnibusse erheben. Fahrer von Personwagen, auch wenn sie die Schweiz nur auf dem Weg nach Süden durchfahren, müssen sich zum Preis von 30 Schweizer Franken, also etwa 37 DM, einen Aufkleber beschaffen und an die Windschutzscheiben anbringen, der ihnen die Benutzung der eidgenössischen Autobahnen ein Jahr lang erlaubt. Für einen Camping-Anhänger gilt der gleiche Preis — so ermittelte es der ADAC — noch einmal zusätzlich. Auf Lastwagen und Busse wird eine Gebühr erhoben, die je nach Gewicht oder Zahl der Passagiere zwischen 500 und 3000 Franken schwankt.

Gegen die Einführung der neuen Abgaben, die von den Schweizer Wahlberechtigten im vergangenen Februar in einer Volksabstimmung gutgeheißen worden waren, hatte vor allem die Bundesrepublik Deutschland schwere Bedenken erhoben. Sie stütze sich auf ein

Gebäudes der Bank mit einer öligen Flüssigkeit begossen. Dabei entstand erheblicher Sachschaden.

Ulrich Jancke gilt als der Mann, der die Grundkreditbank in Berlin aufgebaut hat. Er gehörte dem Vorstand seit 1969 an, zunächst als stellvertretendes Vorstandsmitglied, seit 1972 als Vorsitzender. Seit 1966 war der gelernte Jurist und Rechtsanwalt Syndikus des Deutschen Genossenschaftsverbandes, dem die Grundkreditbank angehört.

Er war außerdem Aufsichtsratsvorsitzender einer Anlageberatungsfirma und gehörte dem Vorstand der Firma Krone an, leitete den Verein der Freunde des Berlin-Museums und war Schatzmeister des Vereins der Freunde der Nationalgalerie. Jancke, der nicht verheiratet war, wohnte allein in der Charlottenburger Villa. Zwei Geschwister leben im Bundesgebiet. Hinweise, denen zufolge der Täter aus dem Homosexuellen-Milieu stammen könnte, wollte die Kriminalpolizei gestern weder bestätigen noch dementieren.

Die Mitarbeiter der Grundkreditbank äußerten gestern in einer Presseerklärung ihre Betroffenheit über den Mord. Der Tod Janckes bedeute einen großen Verlust für das Unternehmen, hieß es.

Nach dem Anschlag auf die französische Botschaft hat die Bundesregierung die verbrecherischen Anschläge auf amerikanische und französische „Einrichtungen“ verurteilt. „Wer gegen unsere alliierten Freunde Bomben legt, der zielt auf die Sicherheit des freien Teils Deutschlands ab, denn Amerikas und Frankreichs Soldaten auf deutschem Boden garantieren unsere Freiheit“, erklärte Regierungssprecher Sudhoff in Bonn. Diese Partnerschaft lasse sich jedoch nicht durch Bomben und Brandanschläge in Frage stellen, fügte der Regierungssprecher hinzu.

Der Anschlag bei Mannheim richtete sich nach Angaben der Ermittlungsbehörden gegen eine möglicherweise unbewachte, auf freiem Feld stehende Fernmeldeanlage der US-Armee bei Edingen nahe der Bundesautobahn Mannheim-Heidelberg. Die schwere Explosion sei bereits nachts gegen 2 Uhr gehört worden. Das Ausmaß des Schadens wird auf mindestens 300 000 DM beziffert.

In Düsseldorf explodierte ein vermutlich in einem Feuerlöscher versteckter Sprengsatz in einer eingeschossigen Bürobaracke der US-Armee, die auf einem Gelände der britischen Rheinarmee inmitten eines Wohngebietes steht. Ein nach der Explosion, die etwa 50 000 DM Sachschaden anrichtete, ausgebrochener Brand konnte nach Polizeiangaben rasch gelöscht werden.

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe wurde über die Anschläge informiert. Mit den Ermittlungen sind das Bundeskriminalamt sowie die

Fortsetzung Seite 2, Spalte 1 und 2



Die Schneefälle zum Jahresende führten in den Wintersportgebieten zu einem Massenandrang. Auf dem Feldberg im Taunus (unser Foto), kamen alle Fahrzeuge ins Stocken, die, die aufwärts fahren wollten und jene, die bergab wollten.

AP-Fotofax

Der merkwürdige Deutsche?

J.B. Wenn man den zum Jahreswechsel unternommenen Repräsentativumfragen Glauben schenken will, dann haben die Deutschen gegenwärtig eine schlechte Meinung von ihren Politikern, Parteien und anderen gesellschaftlichen Institutionen — aber sie sehen in ihrer Mehrheit dem neuen Jahr mit Hoffnung und Zuversicht entgegen. Das ergibt eigentlich keinen Sinn und enthüllt ein völlig irrationales Verhältnis zur Wirklichkeit. Stände es nämlich so schlecht mit allem, wie viele argwöhnen, dann gäbe es keinen Grund für Zuversicht. Ist aber die Hoffnung berechtigt, so kann unser politisches Feld nicht so schlecht bestellt sein. Es scheint so, als sei in der Vorstellungswelt von vielen die Beziehung von Ursache und Wirkung völlig verlorengegangen. Denn natürlich gibt es Tatsachen, mit denen sich der Optimismus begründen läßt. Unsere politischen Institutionen haben viele Bewährungsproben ausgehalten; sie funktionieren oft besser als die in vielen Ländern um uns herum. Auch die wirtschaftlichen und sozialen Lebensumstände sind weitaus besser als bei vielen unserer Nachbarn. Aber im Grunde werden solche Faktoren, die doch einer Zukunftserwartung erst die reale Grundlage liefern, gar nicht zur Kenntnis genommen. In gewissem Sinne scheinen politische und gesellschaftliche Daten in das Bewußtsein von vielen gar nicht einzugehen; sie sind abgetrennt von unserer normalen Empfindungswelt. Politisch' Lied ist ein garstig' Lied; da kann man gar nicht schwarz genug malen — aber Grundstimmungen, ob sie sich nun ins Pessimistische oder Optimistische wenden, scheinen sich davon ganz unabhängig in anderen Schichten zu entwickeln.

Das Bild, das die zitierten Umfrage-Ergebnisse vom sogenannten Durchschnittsdeutschen entwerfen, ist also nicht schmeichelfhaft. Es kommt der Vorstellung, die viele im Ausland ohnehin von uns haben, gefährlich weit entgegen. Da ist er plötzlich wieder: der unpolitische Deutsche, der sich nicht an realen Fakten orientiert, bedenklich romantisch, unberechenbaren Schwankungen seiner Stimmungs- und Seelenlage unterworfen, die er sich vor allem selber nicht erklären kann — nicht einmal in seinem Optimismus möchte er sich am Geländer der Wirklichkeit abstützen.

Trifft dieses Bild nun zu — oder ist es einfach ein Kunstprodukt, erzeugt diesmal im Laboratorium der Meinungsforscher? Man muß sich dieser Frage ernsthaft stellen; denn wir haben inzwischen gelernt, daß durchaus nicht alles unbedeutend ist, was da in Umfragen umgewälzt wird. Und in der Tat gibt es ganz augenfällige Anzeichen dafür, daß das Politikverständnis in der Bundesrepublik im Wandel ist. Da ist einmal die augenfällige Veränderung in der Einstellung zu den „Grünen“. Ihre ersten Erfolge verdankten sie der Tatsache, daß sie bei aller politischen Unreife und Unbändigkeit mit dem Umweltschutz und dem eigentlich konservativen Gedanken des Bewahrens unserer natürlichen Ressourcen ein Thema ange-schlagen hatten, das irgendwie in jedem von uns schlummerte. Die Grünen schienen zu versprechen, hier den anderen „einmal Beine zu machen“. Aber die Zeit, da sie aus dieser Primärsympathie schöpfen konnten, ist lange vorbei. Heute wählt man die Grünen nicht, weil sie trotz aller inneren Widersprüche und der ihnen eigenen Radikalität immerhin eine gute Sache vertreten, sondern man wählt sie wegen dieser Widersprüche und wegen dieser Radikalität. Man wählt sie, weil sie keine Partei, sondern eine „Bewegung“ sind; der amorphe Inhalt ihrer Politik stößt nicht ab, sondern zieht an, und daß sie „Systemzerstörer“ sein und Grundregeln der repräsentativen parlamentarischen Demokratie außer Kraft setzen wollen, stört viele nicht mehr. Das Erstaunliche ist, daß die Parteien selber auf diesen Charakter der Grünen kaum noch hinweisen, als fürchteten sie, ein von ihnen gerade noch erreichbares Wählerpotential zu verlieren, das sie aber schon

von der Denkweise dieser Bewegung durchsetzt sehen. Noch unbegreiflicher ist, daß Teile der SPD die Grünen tatsächlich als Steigbügelhalter zur eigenen Machterhaltung oder Machterwerbung benutzen wollen, ohne zu wissen, was sie damit tun.

Zu dieser Lust an der „Bewegung“, an der viele leichtfertig wohl auch aus reiner Schadenfreude mitwirken, kommt bei vielen die wachsende Neigung, Politik eindimensional aufzufassen. Es gibt einen weitverbreiteten, fatalen Hang, immer nur ein Thema, eine „Sache“, als das allerwichtigste auf der Welt anzusehen. Für oder gegen diese Sache gilt es mit aller Macht und unter Vernachlässigung aller anderen Probleme zu kämpfen. Dabei verändern sich die Themen durchaus. Was gestern wichtig war, ist

* UNSEREN LESERN UND FREUNDEN *
* GUTE WUNSCHEN *
* ZUM NEUEN JAHR *

DER TAGESSPIEGEL
Verlag und Redaktion

heute schon vergessen, wird aber alsbald durch eine neue Sache ersetzt, die wiederum den vollen Einsatz lohnt. Das Gefühl dafür, daß Politik so komplex ist wie das Leben, daß Kompromisse nicht aus Denkfaulheit oder Schwäche entstehen, sondern Bedingung der Politik sind wie auch die unserer eigenen Existenz, kommt abhanden. Nur derjenige übrigens, der stets vom absoluten Wert einer einzigen Sache überzeugt ist, kann auch zur Radikalität neigen.

Und schließlich ist auch seit längerem eine Art von besserwisserischem Ton in die deutsche Politik gekommen. Wir sind in so mancher öffentlichen Debatte schon wieder dabei, anderen beizubringen, wie sie dieses oder jenes Problem zu lösen hätten. Wenn andere nicht alles gleich wichtig nehmen wie wir oder andere Wege einschlagen, dann fragen wir nicht nach dem Grunde, sondern zeigen ein überhebliches und empörtes Erstaunen, obwohl doch erst das Verstehen den Weg dazu öffnet, andere von Eigenem zu überzeugen. Man prüfe einmal, wie oft bei uns inzwischen das Wort vom notwendigen Alleingang vorkommt, als ginge alles besser, wenn wir uns nur von eingegangenen Bindungen und von Rücksichten auf andere trennten. Wir sollten doch nun wirklich aus der Geschichte gelernt haben, daß man die eigenen Interessen am besten fördert, wenn man sie mit den Interessen anderer zu verbinden weiß, nicht aber, wenn man mit dem Kopf durch die Wand will, die fremde Interessen vor einem aufgerichtet zu haben scheinen.

Vielleicht geht es wirklich zu weit, wenn man manchmal im Ausland aus solchen Verhaltensweisen auf das Wiedererstehen eines neuen deutschen Nationalismus schließt. Aber das Anwachsen einer gewissen Selbstbezogenheit in unseren öffentlichen Debatten kann nicht übersehen werden. Man soll das nicht so leicht nehmen, wie das manchmal geschieht. Wie sagte Bundespräsident von Weizsäcker in seiner Weihnachtsansprache: „Wir haben Freunde gewonnen und wollen sie behalten.“ Jedenfalls sollten wir sie dann nicht irritieren. Man fällt andern nicht mit der Tür ins Haus, wenn man etwas von ihnen will. Es kann uns Deutschen vierzig Jahre nach dem Kriegsende nicht schaden, wenn wir eine Art von Selbstprüfung vornehmen. Sollte es so sein, daß die Deutschen zu Beginn dieses Jahres in ihrer Mehrheit Zuversicht haben, ohne indes die Gründe dafür angeben zu können — natürlich dann auch nicht, was dagegen spräche —, dann ist es an der Zeit, daß wir etwas an uns als politischen Wesen arbeiten.